

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung des Kreistages  
des Landkreises Osterode am Harz in der Wahlperiode 2006/2011  
am 31. Oktober 2011, 14.00 Uhr,  
im Forum der Berufsbildenden Schulen II,  
An der Leege 2 b, 37520 Osterode am Harz

Anwesend:

Mitglieder des Kreistages

Landrat Bernhard Reuter und  
die Kreistagsabgeordneten

Wilhelm Berner, Osterode am Harz  
Wolfgang Darnedde, Osterode am Harz  
Hans-Jürgen Gückel, Herzberg am Harz  
Christa Hartz, Herzberg am Harz  
Karl-Heinz Hausmann, Osterode am Harz  
Hans-Jürgen Hausemann, Bad Sachsa  
Edgar Hopfstock, Wieda  
Ulrich Kamphenkel, Wieda  
Manfred Keimburg, Osterode am Harz  
Helga Klages, Osterode am Harz  
- Vorsitzende -  
Rosita Klenner, Walkenried  
Andreas Körner, Bad Lauterberg im Harz  
- stellv. Vorsitzender -  
Henning Kruse, Wulften am Harz  
Barbara Lex, Windhausen  
Klaus Liebing, Bad Sachsa  
Herbert Lohrberg, Eisdorf  
Helga Meyer, Herzberg am Harz  
Herbert Miche, Walkenried

Marianne Niederheide, Osterode am Harz  
Lutz Peters, Herzberg am Harz  
Klaus Posselt, Herzberg am Harz  
Eike Röger, Bad Lauterberg im Harz  
Raymond Rordorf, Osterode am Harz  
Gerd Schirmer, Hattorf am Harz  
Reinhard Schmitz, Herzberg am Harz  
Uwe Schrader, Osterode am Harz  
Ulrich Schramke, Herzberg am Harz  
Regina Seeringer, Osterode am Harz  
Hermann Seifert, Bad Sachsa  
Eberhard Siegler, Osterode am Harz  
Erich Sonnenburg, Badenhausen  
Holger Thiesmeyer, Bad Lauterberg im Harz  
Manfred Thoms, Hattorf am Harz  
Susanne Voigt, Badenhausen  
Fritz Vokuhl, Bad Lauterberg im Harz  
Karin Wode, Elbingerode  
Walter Zietz, Bad Lauterberg im Harz

Von der Verwaltung:

Erster Kreisrat Gero Geißbreiter  
Kreisverwaltungsdirektor Siegfried Pfister  
Kreisverwaltungsoberrat Michael Bührmann  
Kreisangestellter Rüdiger Brakel  
Kreisamtsrat Jürgen Kuhnert  
Kreisamtmann Jörg Schattenberg - als Protokollführer -

Es fehlen entschuldigt  
die Abgeordneten:

Werner Bruchmann, Bad Sachsa  
Barbara Rien, Bad Lauterberg im Harz  
Frank Seeringer, Osterode am Harz  
Peter Stecher, Bad Sachsa  
Günter Wellerdick, Herzberg am Harz

Punkt 1:

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet um 14.03 Uhr die öffentliche Sitzung des Kreistages. Sie begrüßt die Anwesenden, besonders Bürgermeisterin Helene Hofmann, die Bürgermeister Klaus Becker und Gerhard Walter, die Samtgemeindebürgermeister Rolf Hellwig und Harald Dietzmann, die Mitglieder der Personalvertretung der Kreisverwaltung sowie die Vertreter der Presse.

Sodann stellt die Vorsitzende die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2:

Anträge zur Tagesordnung

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt; der Kreistag stellt folgende

T a g e s o r d n u n g

fest:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Anträge zur Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 10. Okt. 2011
4. Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten
5. a) Verhandlungen über den Zusammenschluss mit den Landkreisen Göttingen und Northeim  
b) Eckpunkte für Verhandlungspositionen
6. Anfragen und Mitteilungen
7. Einwohnerfragestunde

Punkt 3:

Genehmigung der Niederschrift über die  
Sitzung des Kreistages am 10. Okt. 2011

Die Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 10. Okt. 2011 wird genehmigt.

(Abstimmungsergebnis: e i n s t i m m i g)

Punkt 4:

Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten

Ein Bericht wird nicht erstattet.

Punkt 5:

- a) Verhandlungen über den Zusammenschluss mit  
den Landkreisen Göttingen und Northeim
- b) Eckpunkte für Verhandlungspositionen

- Drucksache Nr. 364 -

Die Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt 5 auf und verliest den veränderten, vom Kreisausschuss in seiner vorhergehenden Sitzung mehrheitlich zur Annahme empfohlenen Beschlussvorschlag:

- a) Die Verwaltung wird beauftragt, unter Beteiligung der Fraktionsvorsitzenden, Verhandlungen über einen Zusammenschluss mit den Landkreisen Göttingen und Northeim ergebnisoffen zu führen.
- b) Die in der Vorlage unter der Überschrift „Kriterien für eine freiwillige Fusion“ aufgeführten Punkte werden als Eckpunkte/Ziele für die Verhandlungen über einen Zusammenschluss beschlossen.
- c) Die Verwaltung wird außerdem beauftragt, unter Beteiligung der Fraktionsvorsitzenden, Gespräche mit dem Landkreis Goslar zu führen. Sein Ansinnen, mit den Bürgermeistern der kreisangehörigen Gemeinden des Landkreises Osterode am Harz Gespräche über Zusammenschlüsse zu führen, wird zurückgewiesen. Ein diesbezüglicher Verzicht ist Voraussetzung für Gespräche mit dem Landkreis Goslar. Die Gespräche nach Buchstabe a) haben Vorrang. Im Übrigen sind für Gespräche mit dem Landkreis Goslar die Eckpunkte und Ziele gemäß Buchstabe b) zu beachten.
- d) Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit (Information über Gutachten-ergebnisse, Zwischenergebnisse der Verhandlungen, endgültiges Ergebnis) ist auf geeignete Weise sicherzustellen.

Sodann eröffnet die Vorsitzende die Aussprache.

Der Abg. Thoms hebt die Bedeutung des jetzt zur Entscheidung anstehenden Punktes hervor und erläutert die Rahmenbedingungen aus Sicht der SPD-Kreistagsfraktion. Besonders geht er darauf ein, dass am 15. Feb. 2011 Sondierungsgespräche der Landkreise Goslar und Osterode am Harz in Clausthal-Zellerfeld geführt worden seien. An diesen Gesprächen hätten die Landräte und die Vorsitzenden der Kreistagsfraktionen teilgenommen. Der Landkreis Goslar habe seinerzeit nur wenige Verflechtungen und gemeinsame Interessen entdecken können und keinerlei Interesse an einer Fusion mit dem Landkreis Osterode am Harz erkennen lassen, sondern seine Orientierung in Richtung Salzgitter und Wolfenbüttel betont. U.a. aufgrund dieser eindeutigen Haltung des Landkreises Goslar sei im Hesse-Gutachten keine Empfehlung zu einer Verbindung der Landkreise Osterode am Harz und Goslar ausgesprochen worden.

Danach hätten der Landrat und alle Fraktionsvorsitzenden gemeinsam im Rahmen einer Arbeitsgruppe das in der Beschlussvorlage enthaltene Eckpunktepapier erarbeitet und schließlich in den Fraktionen ausführlich beraten. Es handele sich also nicht um einen „Schnellschuss“, sondern um eine über mehrere Monate vom Kreistag der Wahlperiode 2006/2011 erarbeitete Beschlussempfehlung, die deshalb auch der scheidende Kreistag beschließen sollte.

Jetzt habe der Kreistag des Landkreises Goslar seinem Landrat einen Gesprächsauftrag erteilt und dabei ausdrücklich ein Gesprächsangebot an die kreisangehörigen Gemeinden des Landkreises Osterode am Harz gerichtet. Ein solches Angebot bezeichnet der Abg. Thoms als Eklat. Gesprächspartner für Fusionsverhandlungen könnten und dürften nur die beteiligten Landkreise sein. Ein Umwerben der Gemeinden könne nur dem Ziel dienen, die Verhandlungsposition des Landkreises Osterode am Harz zu schwächen.

Der jetzt zu fassende Beschluss habe ergebnisoffene Verhandlungen und Gespräche zum Ziel. Über eine konkrete Fusion sei erst später zu entscheiden; ein Erfolg der Verhandlungen sei im Übrigen nicht garantiert.

Der Abg. Thoms stellt im Namen der SPD-Kreistagsfraktion den Antrag, die in der Vorlage unter der Überschrift „Kriterien für eine freiwillige Fusion“ aufgeführten Punkte unter der Rubrik „Sicherung von Strukturen“ um den Punkt „Gebührenfreie Nutzung der kreiseigenen Sportstätten durch Sportvereine“ zu ergänzen.

Die Abg. R. Seeringer weist darauf hin, dass die CDU-Kreistagsfraktion einen Beschluss durch den neu gewählten Kreistag befürworte, da dieser auch die Verhandlungen zu begleiten und zum Abschluss zu bringen habe. Aus diesem Grund stelle die CDU-Kreistagsfraktion auch in dieser Kreistagssitzung wieder einen Vertagungsantrag. Eine Dringlichkeit, Verhandlungen und Gespräche über eine Fusion noch vor der Konstituierung des neuen Kreistags zu beschließen, könne sie nicht erkennen. Die aktuelle Entwicklung - das plötzliche Gesprächsinteresse des Landkreises Goslar - verwundere zwar, müsse aber auch vor dem Hintergrund einer Verbundenheit von Kreiseinwohnern zum Harz betrachtet werden.

Der Abg. Rordorf spricht sich gegen den Vertagungsantrag aus. Ein entsprechender Beschluss zur Aufnahme von Fusionsverhandlungen sei kurzfristig erforderlich, damit auf die Wahl eines neuen Landrats für den Landkreis Osterode am Harz verzichtet werden könne. Der Argumentation des Abg. Thoms folge er. Verstärkte Dialoge mit der Bevölkerung brächten in der Sache derzeit keinen Fortschritt, da insgesamt niemand Erfahrungen mit einer freiwilligen Fusion vorweisen könne. Im Übrigen fürchte er, dass die erstmalig in den Kreistag gewählten Abgeordneten mit dem Thema zunächst überfordert würden.

Der Abg. Seifert führt aus, dass die von der CDU-Kreistagsfraktion vorgebrachten Gründe eine Vertagung nicht tragen könnten, da der neue Kreistag den jetzt gefassten Beschluss jederzeit ändern könne.

Der Landrat erläutert, dass es sich um eine erneute Vertagung handele. Für diese sei deshalb eine Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Kreistagsmitglieder erforderlich; ein Quorum von mindestens 25 % sei nicht ausreichend.

Sodann lässt die Vorsitzende über den

#### Antrag auf Vertagung

der Abg. R. Seeringer abstimmen:

(Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür und  
24 Gegenstimmen)

Der Vertagungsantrag der Abg. R. Seeringer ist damit abgelehnt.

Der Abg. Seifert weist nochmals auf die mit dem Landkreis Goslar im Februar geführten Gespräche hin, anlässlich derer dem Landkreis Osterode am Harz „die kalte Schulter“ gezeigt worden sei. Im Übrigen habe der Landkreis Goslar seinerzeit Begründungen der Kreisgrenzen durch die Umgliederung kreisangehöriger Gemeinden ausgeschlossen. Gespräche sollten aber dennoch geführt werden, damit man bei einem möglichen Scheitern der vorrangigen Verhandlungen mit Northeim und Göttingen, bereits auf Verhandlungen mit dem Landkreis Goslar vorbereitet sei.

Der Abg. Peters spricht sich für gleichberechtigte Verhandlungen auch mit dem Landkreis Goslar aus, da alle für eine Kreisfusion möglichen Verbindungen geprüft werden sollten. Der abgestufte Beschlussvorschlag lege die Hürden für eine Einigung mit dem Landkreis Goslar so hoch, dass ein Scheitern zu erwarten sei. Um hier die Möglichkeiten offen zu halten, sollten mit dem Landkreis Goslar ebenfalls Verhandlungen und nicht lediglich Gespräche geführt werden. Im Übrigen sei das Gesprächsangebot an die kreisangehörigen Gemeinden nicht schön, könne aber auch nicht verboten werden.

Des Weiteren halte er die in der Beschlussvorlage aufgeführten Eckpunkte insoweit für vorläufig, als diese bei Verhandlungen mit anderen Partnern ggf. auch zu modifizieren seien. Die CDU-Kreistagsfraktion spreche sich dafür aus, dies auch im Beschlussvorschlag deutlich zu machen und stellt den Antrag, über den von der CDU-Kreistagsfraktion modifizierten Beschlussvorschlag abzustimmen.

Abschließend wirft er die Frage auf, ob der Verzicht auf die Wahl eines Landrats nicht womöglich die Verhandlungsposition des Landkreises Osterode am Harz schwäche.

Der Abg. Rordorf weist darauf hin, dass eine gewisse Emotionalität bei dem Thema Kreisfusion nicht zu vermeiden sei. Man habe sich diese Aufgabe allerdings nicht ausgesucht, sondern sie sei eine Folge der demografischen und finanziellen Entwicklung im südniedersächsischen Raum. Als Gründe für eine Fusion mit Göttingen nennt er insbesondere die Verknüpfungen der letzten 15 Jahre im Bereich beispielsweise des Abfallzweckverbands, des Zweckverbandes Verkehrsverbund Süd-Niedersachsen oder des Regionalverbandes Südniedersachsen.

Der Abg. Dervedde weist darauf hin, dass im Falle des Verzichts auf die Wahl eines Landrats in der Person des Ersten Kreisrats ein gewählter allgemeiner Vertreter vorhanden sei, der die Position des Landkreises Osterode am Harz ausreichend vertreten könne. Im Übrigen sprächen viele Gründe für eine Fusion mit dem Landkreis Göttingen.

Der Abg. Röger führt an, dass der Landrat des Landkreises Göttingen sich sehr klar gegen eine Fusion mit dem Landkreis Osterode am Harz ausgesprochen habe und eine Fusion mit Goslar halte er ebenfalls für fraglich. Prof. Hesse habe in seinem Gutachten (zunächst) einer Fusion mit dem Landkreis Northeim Priorität eingeräumt. Diese Empfehlung halte er für beachtenswert. Er halte eine übereilte Entscheidung des alten Kreistages für falsch und werde sich, um seine Haltung zu verdeutlichen, nicht an der Abstimmung beteiligen.

Die Abg. Meyer macht deutlich, dass sie ebenfalls keine Eilbedürftigkeit der anstehenden Entscheidung erkennen könne. Im Übrigen rege sich im Landkreis Göttingen - der schon jetzt fünft größter Landkreis in Niedersachsen sei - Widerstand der Bevölkerung gegen eine Fusion mit dem „armen“ Landkreis Osterode am Harz. Die Fusion der Landkreise Göttingen, Northeim und Osterode am Harz würde zu einem Gebilde mit 475 T Einwohnern führen.

Einer Verbindung zu einem „Harzkreis West“ könne sie - insbesondere im Hinblick auf den Tourismus - einige Sympathie entgegenbringen. Sie spricht sich gegen lediglich unverbindliche Gespräche mit dem Landkreis Goslar aus. Es sollte vielmehr gleichrangig und parallel mit dem Landkreis Goslar verhandelt werden.

Der Abg. Hausmann weist darauf hin, dass er bei einer Fusion gemischte Gefühle verspüre. Er würde den Landkreis Osterode am Harz gern erhalten, allerdings müsse dazu dauerhafte Leistungsfähigkeit gegeben sein.

Mit den jetzt beginnenden Verhandlungen werde Neuland betreten und - entgegen dem in der Bevölkerung herrschenden Eindruck, dass über die Fusion bereits entschieden sei - zunächst lediglich eine Entscheidung getroffen, wie mit Verhandlungen begonnen werden soll. Dabei seien die Landkreise Northeim und Göttingen sicherlich die erste Option, aber auch mit dem Landkreis Goslar müsse gesprochen werden.

Das Argument, der Kreistag der neuen Wahlperiode solle auch über die Fusionsgespräche entscheiden, halte er für falsch, da sich der noch amtierende Kreistag lange Zeit intensiv mit dem Thema befasst habe, in welches sich neu gewählte Kreistagsabgeordnete erst einarbeiten müssten.

Der Abg. Schirmer hält die vorgebrachten Argumente nicht für stichhaltig, eine Eilbedürftigkeit zu begründen und deshalb einer Entscheidung des Kreistags der Wahlperiode 2011/2016 vorzugreifen.

Er weist darauf hin, dass die zu einer Fusion zwingenden fiskalischen Gründe nicht vom Kreistag des Landkreis Osterode am Harz zu vertreten sind und das Hesse-Gutachten zeige ein trostloses Bild der gesamten Region. Eine Fusion verspreche einzig eine Verwaltungskosteneinsparung, die allerdings mit einem Arbeitsplatzverlust vor Ort erkauft werde. Er plädiere für unvoreingenommene Gespräche auch mit dem Landkreis Goslar.

Es schließt sich eine allgemeine Aussprache an, an der sich die Abg. Rordorf, Gückel, Thoms, Peters und Körner beteiligen, die die jeweiligen Positionen ihrer Fraktionen zur Eilbedürftigkeit, der Gesprächsintensität mit dem Landkreis Goslar und der Bürgerbeteiligung bekräftigen.

Der Landrat betont, sich nicht zur Sache äußern, aber einige in der Aussprache aufgeworfene Fragen beantworten zu wollen.

- Die Einladung zu einer außerplanmäßigen Kreistagssitzung sei dringlich gewesen, da das Gesprächsangebot des Landkreises Goslar an die kreisangehörigen Gemeinden einer schnellen, deutlichen Äußerung des Kreistages bedurfte, da hierdurch der Landkreis Osterode am Harz in seinem Bestand verletzt zu werden drohte.
- Dem Vorwurf, dass zu spät auf Fusionsgespräche hingearbeitet wurde, sei zu entgegen, dass der Kreistag des Landkreises Osterode am Harz sich bereits seit Februar 2010 intensiv mit diesem Thema befasst habe.

- Die Sorge, dass mit einer Landkreisfusion ein Konstrukt ohne Sinn gebildet werde, sei unbegründet. Die im Zukunftsvertrag festgeschriebene Voraussetzung der dauernden Leistungsfähigkeit stelle eine vernünftige Lösung sicher.

Die Vorsitzende stellt fest, dass gegenüber der eingangs verlesenen Beschlussempfehlung vier Änderungsanträge gestellt worden seien, über die sie getrennt abstimmen lassen werde.

### 1. Antrag

der SPD-Kreistagsfraktion:

Die in der Vorlage unter der Überschrift „Kriterien für eine freiwillige Fusion“ aufgeführten Punkte sind unter der Rubrik „Sicherung von Strukturen“ um den Punkt „Gebührenfreie Nutzung der kreiseigenen Sportstätten durch Sportvereine“ zu ergänzen.

(Abstimmungsergebnis: e i n s t i m m i g)

Der Antrag ist damit angenommen.

### 2. Antrag

der CDU-Kreistagsfraktion:

- a) Die Verwaltung wird beauftragt, unter Beteiligung der Fraktionen, ergebnisoffene Gespräche und Verhandlungen über einen Zusammenschluss mit den Landkreisen Göttingen, Northeim und Goslar zu führen.

(Abstimmungsergebnis: 13 Stimmen dafür,  
24 Gegenstimmen und  
1 Stimmenthaltung)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

### 3. Antrag

der CDU-Kreistagsfraktion:

- b) Die in der Vorlage unter der Überschrift „Kriterien für eine freiwillige Fusion“ genannten Punkte werden als vorläufige Eckpunkte/Ziele für die Verhandlungen über einen Zusammenschluss beschlossen.

(Abstimmungsergebnis: 15 Stimmen dafür und  
23 Gegenstimmen)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

#### 4. Antrag

der CDU-Kreistagsfraktion:

- c) Im Rahmen einer späteren endgültigen Entscheidung für oder gegen eine Fusion und über den oder die Fusionspartner sind die Ergebnisse einer durchzuführenden Bürgerbefragung oder eines Bürgerentscheids im Landkreis zu berücksichtigen. Eine umfassende Bürgerinformation über alle relevanten Einflussgrößen ist rechtzeitig durchzuführen.

(Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür und  
22 Gegenstimmen)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Sodann fasst der Kreistag folgenden

#### Beschluss:

- a) Die Verwaltung wird beauftragt, unter Beteiligung der Fraktionsvorsitzenden, Verhandlungen über einen Zusammenschluss mit den Landkreisen Göttingen und Northeim ergebnisoffen zu führen.
- b) Die in der Vorlage unter der Überschrift „Kriterien für eine freiwillige Fusion“ aufgeführten Punkte werden als Eckpunkte/Ziele<sup>1)</sup> für die Verhandlungen über einen Zusammenschluss beschlossen.
- c) Die Verwaltung wird außerdem beauftragt, unter Beteiligung der Fraktionsvorsitzenden Gespräche mit dem Landkreis Goslar zu führen. Sein Ansinnen, mit den Bürgermeistern der kreisangehörigen Gemeinden des Landkreises Osterode am Harz Gespräche über Zusammenschlüsse zu führen, wird zurückgewiesen. Ein diesbezüglicher Verzicht ist Voraussetzung für Gespräche mit dem Landkreis Goslar. Die Gespräche nach Buchst. a) haben Vorrang. Im Übrigen sind für Gespräche mit dem Landkreis Goslar die Eckpunkte und Ziele gem. Buchst. b) zu beachten.
- d) Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit (Information über Gutachtenergebnisse, Zwischenergebnisse der Verhandlungen, endgültiges Ergebnis) ist auf geeignete Weise sicherzustellen.

(Abstimmungsergebnis: 25 Stimmen dafür,  
12 Gegenstimmen und  
1 Nichtbeteiligung)

---

<sup>1)</sup>Die in der Vorlage unter der Überschrift „Kriterien für eine freiwillige Fusion“ aufgeführten Punkte wurden durch einstimmigen Beschluss unter der Rubrik „Sicherung von Strukturen“ um den Punkt „Gebührenfreie Nutzung der kreiseigenen Sportstätten durch Sportvereine“ ergänzt.

Punkt 6:

Anfragen und Mitteilungen

Anfragen werden nicht gestellt; Mitteilungen nicht gegeben.

Punkt 12:

Einwohnerfragestunde

1. Herr Menzel fragt, ob seine Kenntnis zutreffend sei, dass das Mandat der Abg. bis zum Ablauf der Wahlperiode gelte. Er könne deshalb nicht verstehen, dass einzelne Abg. sich bei einer Abstimmung nicht mehr zuständig fühlten.
2. Herr Wiegand führt aus, dass nach seiner Ansicht Gespräche grundsätzlich ergebnisoffen geführt werden. Er kritisiert, dass wohl einzelne Abg. sich der Fraktionsmeinung untergeordnet und entsprechend abgestimmt hätten. Er frage sich, warum im Rahmen des Kommunalwahlkampfes im Landkreis Osterode am Harz das Thema Landkreisfusion nicht schwerpunktmäßig aufgegriffen worden sei.
3. Frau Kranz fragt, welche Eckpunkte für künftige Fusionsverhandlungen beschlossen worden seien. Der Erste Kreisrat antwortet, dass die Beschlussvorlage mit den genannten Eckpunkten im Internet zur Einsicht veröffentlicht worden sei.

Um 15.55 Uhr schließt die Vorsitzende die öffentliche Sitzung des Kreistages.

*gez.*  
*Helga Klages*

Vorsitzende

*gez.*  
*Gero Geißreiter*

Erster Kreisrat

*gez.*  
*Jörg Schattenberg*

Protokollführer

Genehmigt in der Sitzung des Kreisausschusses am 14. November 2011